

## 1 **Änderungsanträge zum Leitantrag**

### 2 **1. Änderungsantrag (Ersetzungsantrag), Antragsteller Helmut Ettinger**

#### 3 **Die Linke Berlin: Für starke Bezirke in einer weltoffenen Stadt – unser Zuhause der** 4 **Vielfalt und Toleranz!**

5 Mietenwahnsinn und Verdrängung, monatelanges Warten auf Termine bei Amt oder  
6 Ärzten, geschlossene Eckkneipen und Clubs, verspätete und überfüllte Busse und  
7 Bahnen, schlechtes Schulessen, kein schlüssiger Plan zur Armutsbekämpfung,  
8 fehlende Versorgung von obdachlosen und wohnungslosen Menschen und, und, und ...  
9 Doch was tun der Schwarz-Rote Senat und die Ampel auf Bundesebene?

10 CDU und SPD in Berlin geben der inneren Sicherheit den Vorrang gegenüber wirksamer  
11 Armutsprävention, stoppen den Radwegeausbau und streichen den Klimaschutz. Das  
12 Spardiktat des Landes versetzt freie Träger und Bezirke in Angst und Schrecken, denn sie  
13 werden gezwungen, wohnortnahe Versorgungseinrichtungen zu schließen. Der Bund  
14 kürzt seine Programme, sanktioniert die Ärmsten in der Gesellschaft durch sein  
15 „Bürgergeld“ und schafft weitere Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen zu  
16 Lasten von Bundesländern und Kommunen. Gleichzeitig fließen Milliarden in die  
17 Aufrüstung. Es drohen massive Streichungen der Mittel für Jugendarbeit,  
18 Schulsozialarbeit, Schulden- und Mietenberatung, in Senior\*inneneinrichtungen,  
19 Familienzentren, beim Öffentlichen Gesundheitsdienst im ganzen Land wie auch bei  
20 uns im Bezirk. Ganz nebenbei sollen die Zuständigkeiten ineffizienter  
21 Senatsverwaltungen auf Kosten der Bezirke ausgeweitet werden. Als Linke Berlin Mitte  
22 lassen wir uns das nicht bieten!

23 Als Partei der Mieter\*innen, der Stadtteilinitiativen und der vielen Engagierten in dieser  
24 Stadt setzen wir uns für ein solidarisches Berlin mit starken Bezirken ein. Dafür muss der  
25 Bezirkshaushalt in Mitte auskömmlich ausgestattet sein. Wir als Die Linke fordern eine  
26 effiziente und bedarfsorientierte kommunale Versorgungsstruktur für Jung und Alt, für  
27 gesetzlich versicherte und nicht versicherte Menschen, für all jene, die von Armut  
28 bedroht und von Diskriminierung betroffen sind.

29 Zur Sicherung der sozialen und medizinischen Infrastruktur setzen wir auf kommunale  
30 Einrichtungen des betreuten Wohnens, einen adäquat ausgestatteten Öffentlichen  
31 Gesundheitsdienst, der Menschen mit erschwerem Zugang zum Gesundheitssystem  
32 versorgt, auf die Sicherung der Kitaplätze in den Eigenbetrieben sowie auf  
33 niedrigschwellig erreichbare Tagesstätten und Übernachtungsmöglichkeiten für  
34 obdachlose und wohnungslose Menschen.

35 Repression gegen Obdachlose und Suchtkranke ist keine Lösung, wie sich am  
36 Leopoldplatz zeigt. Polizeiliche Maßnahmen haben die Verdrängung von suchtkranken  
37 Menschen mit negativen Auswirkungen für Anwohnende entlang der U-Bahnlinien in  
38 Mitte zur Folge. Als Linke Berlin Mitte fordern wir einen Sozialgipfel, der sich den Themen  
39 Wohnungsnot, psychische Erkrankungen, Suchthilfe, Kälte- und Hitzeschutz sowie der  
40 Versorgung geflüchteter Menschen widmet und landesweit koordiniert wird. Ein  
41 Gebäude am ehemaligen Kaufhaus Karstadt Müllerstraße könnte Räume für  
42 Nachbarschaft und Kultur, für medizinische Unterstützung und soziale Einrichtungen  
43 bieten.

# 1. Tagung der 10. Hauptversammlung 16. November 2024

45 CDU und SPD streben eine Verwaltungsreform an, die die Landesebene stärkt und die  
46 unserer dezentralen und wohnortnahen Versorgung die Grundlage entzieht. Ohne  
47 Rücksicht auf langfristige Auswirkungen sollen die seit Jahren auf Effizienz getrimmten  
48 Bezirke noch mehr einsparen. Das bedeutet die Einschränkung der Pflichtleistungen  
49 und die Streichung aller sogenannten „freiwilligen“ sozialen Leistungen – der  
50 Schuldenbremse sei Dank. Dazu kommt, dass Landes- wie Bundesebene den Fokus auf  
51 die angeblich zu hohen Ausgaben, statt auf die Einnahmen legen. Deshalb fordert die  
52 Linke den Senat auf, die Bundesregierung zu einer Abkehr von der Schuldenbremse zu  
53 bewegen.

54 Es braucht eine Vermögenssteuer, es braucht eine Erbschaftssteuer und die  
55 Besteuerung von großem Reichtum auf Bundesebene, um auch die Kommunen  
56 auskömmlich auszustatten. Eine gute Verwaltungsreform bedeutet für uns  
57 Zentralisierung nur dort, wo sie Sinn ergibt. Den Verwaltungsebenen ihre Aufgaben und  
58 Ressourcen zuzuweisen darf keine Rosinenpickerei sein. Beschlüsse zur landesweiten  
59 Steuerung müssen vom Land stringent umgesetzt werden, während den Bezirken  
60 Handlungsspielräume und politische Schwerpunktsetzungen möglich sein müssen. Das  
61 System der Kosten-Leistungs-Rechnung, das die Bezirke in eine künstliche Konkurrenz  
62 untereinander drängt, das Leistungsniveau und die zur Verfügung stehenden Mittel  
63 systematisch nach unten drückt, muss durch ein bedarfsorientiertes und effizientes  
64 Finanzierungsmodell für die kommunal zu leistende Arbeit ersetzt werden.

65 Die gesellschaftliche Großwetterlage steht nicht im Zeichen des Fortschritts: Die Folgen  
66 von Kriegen und Krisen werden spürbarer, Klimakatastrophen häufen sich. Die Schere  
67 zwischen Arm und Reich wird größer unterzeugt starke Verunsicherung, die letztendlich  
68 den Rechten nutzt. Das zeigen die Wahlergebnisse im Osten. Sie sind auch die Folge  
69 einer Ampel-Politik, die wesentlich soziale Fragen nicht löst und die Menschen im Stich  
70 lässt. Wir sind froh, Teil einer Partei zu sein, die als einzige menschenfeindlicher Hetze  
71 entgegentritt, das Asylrecht verteidigt und gegen die Rechten klare Kante zeigt. Wir  
72 lehnen die Debatten über die Normalisierung des Krieges, die Wiedereinführung der  
73 Wehrpflicht und noch mehr Aufrüstung, die von der AfD bis zur SPD mitgetragen werden,  
74 entschieden ab. Wir wenden uns gegen eine Politik nach der Devise „Kanonen-statt-  
75 Butter“. Wir lehnen Waffenlieferungen ab und fordern Diplomatie statt Waffen. Wir  
76 brauchen Deeskalationsstrategien, Abrüstung und zivile Lösungsansätze: Wir fordern:  
77 Kein ‚Profit mit dem Tod von Menschen.

78 Anfang 2025 starten wichtige Tarifikämpfe in Bereichen wie dem öffentlichen Dienst oder  
79 der Systemgastronomie. Viele der Beschäftigten wohnen bei uns in Berlin Mitte. Wir  
80 werden alle Tarifikämpfe solidarisch unterstützen, die Beschäftigten in den  
81 Krankenhäusern, bei der Ent- und Versorgung und in den Ämtern stärken. Mehr für euch  
82 ist besser für uns alle. Zusammen geht mehr!

83 Wir kämpfen für den Wiedereinzug unserer Partei in den Bundestag. Dafür starten wir  
84 mit einer Gesprächsoffensive an Haustüren und Infoständen, um uns in der Klasse der  
85 Lohnarbeitenden vor Ort zu verankern, uns noch intensiver mit den Erwartungen unserer  
86 Wähler\*innen auseinanderzusetzen und diese in das Bundestagswahlprogramm  
87 einzubringen. Millionen Menschen spüren, dass es in diesem Land nicht gerecht zugeht,  
88 dass zivile Konfliktlösungen zu kurz kommen. Nach ihrer Meinung muss der Klimaschutz  
89 eine Gerechtigkeitsfrage sein, denn die Würde des Menschen ist unteilbar. Für diese  
90 Menschen und mit ihnen machen wir Politik. Wir intensivieren unsere Angebote der

1. Tagung der 10. Hauptversammlung  
16. November 2024

91 Sozial- und Mietenberatung über die neu gegründete Arbeitsgruppe „Die Linke hilft“. In  
92 diesem Sinne wollen wir unsere Partei wieder zu einem Haus der Hoffnung machen. Wir  
93 haben keine Zeit zu verlieren. Packen wir es an!

94

95 **2. Änderungsantrag, Antragsteller Matias Völker**

96 In Zeile 70 ergänzen: „...lehnen Waffenlieferungen ab und fordern humanitäre Hilfe und  
97 Diplomatie statt Waffen“

98

99 **3. Änderungsantrag, Antragstellerin Katrin Lompscher**

100 **Achtung: Die Zeilennummern stimmen nicht**

101 Zeile 29 auf statt für (zweimal)

102 Zeile 56 das statt die

103 Zeile 66 das erste und streichen

104 Zeile 80 der einfügen (wobei ich die Formulierung „Klasse der Lohnarbeitenden“ etwas  
105 hochgestochen finde).

106 Zu Zeile 69 bis 72 ersetzen mit „Wir stehen an der Seite derer, die sich gegen Aggression  
107 verteidigen. Wir stehen für mehr Diplomatie statt mehr Waffen. Wir brauchen  
108 Deeskalationsstrategien, Abrüstung und zivile Lösungsansätze: Wir sagen: Kein Profit  
109 mit dem Tod von Menschen.“